



### Was ist eine Open-Source-Software?

Es ist eine Software die von allen Menschen genutzt, eingesehen, geändert und weitergegeben werden darf. Open-Source-Software ist Gemeingut. Der Quelltext der Software (der Source-Code), liegt in einer lesbaren und verständlichen Form vor.

## Open-Source-Software - jetzt Standard in Dortmund!

### Ein gewerkschaftlicher Erfolg!

Nach einer intensiven Vorbereitung seitens der Verwaltung hat der Dortmunder Rat die Digitalisierung im „*Memorandum Digitalisierung 2020 bis 2025*“ zu einem Ziel mit politischer Führungsverantwortung erklärt. Hierzu wurden am 11.02.2021 zwei zentrale Beschlüsse für Open-Source-Software gefasst:

**Erstens, wo immer möglich muss auf die Nutzung von Open-Source-Software zurückgegriffen werden.**

**Zweitens von der Verwaltung entwickelte Software wird der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für Software die im Auftrag der Stadt entwickelt wurde.**

**Ohne ver.di wäre dieser Beschluss nicht möglich gewesen!**

Seit Jahren engagieren sich die Dortmunder ver.di-Gewerkschafter\*innen für Mitbestimmung auch bei dem Thema der digitalen Infrastruktur des öffentlichen Dienstes. „Seit je her waren wir beharrlich im Bemühen und bescheiden in den Erfolgserwartungen“ erinnert sich Christian Nähle, Mitglied der Leitung der ver.di-Vertrauensleute der Stadtverwaltung. Es war ein langer Weg zum Open-Source-Erfolg. Der Anspruch zur Mitbestimmung bei den Produktionsmitteln ist seit der Gründung von Gewerkschaften eine ihrer Forderungen. Es ist konsequent, dass Software, als Grundbaustein der Digitalisierung, ebenfalls mitbestimmt werden muss. Denn ohne Digitalisierung können wir heute kaum noch arbeiten. Auch die Verwaltungen des öffentlichen Dienstes sind heute vollständig

digitalabhängig. Open-Source-Software ermöglicht politische und betriebliche Mitbestimmung und bietet noch weitere Vorteile.

Annette Mühlberg, Leiterin der ver.di-Projektgruppe Digitalisierung, hebt die Dortmunder Entwicklung als Muster für andere Städte hervor und verweist auf das Berliner Manifest von ver.di: *Die Daseinsvorsorge in der Informationsgesellschaft stärken*<sup>2</sup>. „Die Unabhängigkeit von Monopolen sowie die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Technik sind von zentraler Bedeutung für die demokratische Gestaltung von Arbeitswelt und Gesellschaft. Wir freuen uns, dass mit dem Dortmunder Ratsbeschluss für Open-Source-Software, ein großer Schritt in der Praxis vollzogen wurde.“

Auch Philip Reuther, bei ver.di NRW zuständig für das poli-

tische Verbindungsbüro zur Landesregierung, meint, dass es ein großer Erfolg unserer Kolleg\*innen in Dortmund ist, welcher hoffentlich Vorbildfunktion für viele weitere Städte, Kreise und Kommunen hat. „Das ist Mitbestimmung 4.0.“ Stellvertretend für die Dortmunder Gewerkschafter\*innen freut sich Christian Nähle und verspricht für ver.di am Thema *Open Source* ganz nah dranzubleiben und die Umsetzung des Dortmunder Ratsbeschluss für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung weiterhin beherzt einzufordern.

<sup>1</sup><https://blog.do-foss.de/beitrag/freie-software-ist-von-jetzt-an-standard-in-dortmund> (Abruf: 31.03.2021)

<sup>2</sup>[http://www.government.de/wp-content/uploads/2012/12/ver.di-Berliner\\_Manifest\\_de.pdf](http://www.government.de/wp-content/uploads/2012/12/ver.di-Berliner_Manifest_de.pdf) (Abruf: 12.04.2021)

## Open Source wo immer möglich

Mit diesem Beschluss beansprucht die Stadtpolitik die Gestaltung der kommunalen **Digitalen Souveränität** und der **Digitalen Teilhabe** für sich. Der Beschluss bedeutet, dass der Einsatz von Open-Source-Software dem Einsatz von herstellerspezifischer (sog. proprietärer) Software, meist großer US-amerikanischer Unternehmen, vorzuziehen ist. Die Verwaltung muss zukünftig im Einzelfall begründen, warum keine Open-Source-Software eingesetzt werden kann.

## Public Money? Public Code!

Der Ratsbeschluss entspricht dem Anliegen der Kampagne **Public, Money? Public Code!**<sup>3</sup>. Was mit öffentlichen Geldern finanziert wird, soll auch der Allgemeinheit zur Nutzung zur Verfügung stehen. Für Software wird dies über eine entsprechende **Open-Source-Lizenz**<sup>4</sup> erreicht. Mit ihrem Beschluss stellt die Lokalpolitik sicher, dass die Stadt Dortmund sich nicht nur aus der Open-Source-Software-Community bedient, sondern dieser auch ihre eigenen Entwicklungen zur Verfügung stellt. Auf diese Weise können interkommuna-

le Synergien getreu dem Motto *gemeinsam entwickeln, individuell anwenden* erreicht werden.

## Bekräftigung Offener Standards

Sämtliche Prozesse werden unter dem eindeutigen Bekenntnis zur **„Charta Digitales Dortmund 2018-2030“**<sup>5</sup> weiterentwickelt, ein Dokument welches der Personalrat der Stadt Dortmund entwickelt hat. Durch die Charta wurden u.a. Offene und gemeinnützige Standards als Anforderung für die weitere Digitalisierung festgeschrieben.

## Politisch einstimmig für Open-Source-Software

Der Beschluss für Open-Source-Software wird von einer breiten politischen Basis getragen. Der Antrag wurde vom Rat der Stadt Dortmund einstimmig beschlossen. Der Digitalisierungsantrag wurde von folgenden Fraktionen gemeinsam eingebracht: **Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und DIE LINKE+**.

Die Fraktion **FDP/Bürgerliste Freie Wähler** hatte Änderungswünsche an dem Antrag eingebracht und diese zur Voraussetzung für ihre Zustimmung gemacht. Die Änderungen betrafen nicht die

in diesem Betrag diskutierten Themenpunkte. Die Nichtannahme ihres Änderungsantrags hat dazu geführt, dass sich die Fraktion in der Ratsitzung letztendlich enthalten hat. Der Hergang dokumentiert jedoch, dass die Fraktion ebenfalls hinter den Themenpunkten zu *Open Source* und *Offene Standards* steht.

## Fazit

Die Stadt Dortmund hat die politische Zeitenwende eingeleitet und den Ausstieg aus dem herstellerspezifischen Software-Zeitalter begonnen. Nun kommt es darauf an, dass die Stadt die geeigneten Mittel findet, diesen Ausstieg mittels einer *Exit-Strategie* praktisch umzusetzen und bestehende technologische Zwangsbindungen an einige wenige Hersteller<sup>6</sup> aufzulösen.

Für **ver.di** ist der Beschluss des **„Memorandums Digitalisierung 2020 bis 2025“** das Ergebnis eines funktionierenden demokratischen Lokaldiskurses. Die Einführung von Open-Source-Software hat den notwendigen politischen Rückhalt, um gelingen zu können.

Als Verantwortliche für die Umsetzung einer Open-Source-Software-Strategie stehen der Personal-, Organisations- und Digitalisierungsdezernent, Herr Stadtrat Christian Uhr, der Chief Information/Innovation Officer (CIIO), Herr Dr. Jan Fritz Rettberg und der Leiter des Dortmunder Systemhauses (dosys.), Herr Jörg Zilian, gemeinsam ein. Als Gewerkschaft ver.di werden wir diesen Prozess weiterhin kritisch und impulsgebend begleiten.

Weiterführende Informationen: <https://do-foss.de>

## Ansprechpartner

Christian Nähle

Geschäftsführung Do-FOSS

[christian.naehle@do-foss.de](mailto:christian.naehle@do-foss.de)

Mobil: +49 176 56747629

<https://do-foss.de>

Mastodon:

[https://hostsharing.coop/@do\\_foss](https://hostsharing.coop/@do_foss)



Impressum  
V.i.S.d.P.: Sabine Uhlenkott,  
ver.di Landesbezirksfachbereich Gemeinden,  
Karlsru. 123-127, 40210 Düsseldorf  
Text: Dirk Riesner  
Foto: Martin Nees  
Gestaltung, Satz: Andre Pohlmann,  
Nicole Mertens  
Kontakt: Martin Nees, ver.di,  
Landesbezirksfachbereich Gemeinden  
0211 61824 327, [martin.nees@verdi.de](mailto:martin.nees@verdi.de)

<sup>3</sup><https://publiccode.eu/de> (Abruf: 29.03.2021)

<sup>4</sup>[https://de.wikipedia.org/wiki/Freie\\_Lizenz](https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Lizenz) (Abruf: 29.03.2021)

<sup>5</sup><https://blog.do-foss.de/kolumne/charta-digitales-dortmund-2018-2030> (Abruf: 29.03.2021)

<sup>6</sup><https://de.wikipedia.org/wiki/Lock-in-Effekt> (Abruf: 29.03.2021)